

Richtlinien über die Beantragung, Zweckbestimmung und Verwendung der Zuschüsse für staatsbürgerliche Bildungsarbeit¹

1. Grundsätze

- 1.1 Die Stadt Oberhausen gewährt Zuschüsse für staatsbürgerliche Bildungsarbeit auf der Grundlage dieser Richtlinien. Diese Zuschüsse dienen politischer Information und Bildung sowie verfassungsmäßigen Aktivitäten auf der Grundlage demokratischen Gedankengutes.
- 1.2 Zuwendungsempfänger sind örtliche Jugendorganisationen politischer Parteien oder Wählergemeinschaften, sofern sie dauerhaft in Oberhausen Jugendarbeit leisten und die Angebote offen für Mitglieder und Nichtmitglieder sind.
- 1.3 Für die Anerkennung der Förderfähigkeit einer Jugendorganisation müssen der Oberbürgermeisterin/ dem Oberbürgermeister der Gründungsbeschluss, eine gültige Adresse, die Namen der Mitglieder des Vorstands, Kontaktdaten sowie Bankverbindung vorgelegt werden. Ferner ist in geeigneter Weise schlüssig darzustellen und nachzuweisen, dass die Mitglieder des Vorstands demokratisch von den Mitgliedern der Jugendorganisation gewählt werden.
- 1.4 Eine Förderung setzt voraus, dass die Jugendorganisation nach ihrer Satzung und bei ihrer tatsächlichen Geschäftsführung keine Bestrebungen im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes fördert und dem Gedanken der Völkerverständigung nicht zuwiderhandelt. Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder des Landes Nordrhein-Westfalen als extremistische Organisation aufgeführt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllt sind.
- 1.5 Die politischen Jugendorganisationen verwalten die Zuschüsse in eigener Verantwortlichkeit.

2. Zuschussbestimmungen/Antragsweg

- 2.1 Die Zuschussanträge der politischen Jugendorganisationen sind bis zum 01.10. eines Jahres für das Folgejahr vorzulegen. Sie müssen das geplante Arbeitsprogramm des Folgejahres und die Angaben der voraussichtlichen Kosten enthalten. In Ausnahmefällen kann das Arbeitsprogramm geändert nachgereicht werden (z. B. bei Neuwahlen des Vorstands). Der Antragstermin 01.10. ist Ausschlussfrist. Später eingegangene Anträge können nicht berücksichtigt werden.
- 2.2 Die Höhe des Zuschusses wird durch den Rat der Stadt Oberhausen in der Haushaltssitzung festgesetzt. Die Auszahlung erfolgt am 02.01. des Folgejahres.
- 2.3 Von den verfügbaren Mitteln werden je 1.534,00 EUR an die Empfänger als Grundbetrag ausgezahlt. Die verbleibenden Mittel werden nach der Mandatszähl der politischen

¹ Beschluss des Rates der Stadt vom 13.12.2021, Drucksache B/17/0945-02

Jugendorganisationen tragenden bzw. ihnen nahestehenden Parteien im Rat der Stadt verteilt.

3. Verwendung der Mittel

3.1 Die Zuschüsse dürfen nur für die in Ziff. 1.1 genannte politische Bildungs- und Informationsarbeit sowie entsprechende Aktivitäten verwendet werden. Soweit Zuschüsse Dritter, z. B. Mittel aus dem Zentralstellenverfahren des Bundes- oder Landesjugendplanes verwendet werden, muss nachgewiesen werden, dass die Summe aller Zuschüsse den Gesamtausgabenbetrag nicht übersteigt.

3.2 Folgender Katalog soll der Anregung und dem Vergleich mit eigenen politischen Aktivitäten dienen:

- a) Bildungs- und Schulungsveranstaltungen, die das politische Verständnis wecken und dem Gemeinschaftsleben in einem demokratischen Staatsgefüge dienen,
- b) Maßnahmen und Veranstaltungen, in denen politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gegenwartsfragen behandelt werden,
- c) Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen, Konferenzen und Arbeitsgemeinschaften auf überörtlicher Ebene durch Einzelmitglieder oder Delegationen der Verbände.

3.3 Gegenstände, die ganz oder teilweise aus städtischen Mitteln beschafft werden und nicht für den laufenden Verbrauch bestimmt sind, müssen in ein Inventarverzeichnis eingetragen werden, aus dem alle Zu- und Abgänge ersichtlich sind.

3.4 Über die Verwendung der städtischen Zuschüsse ist jeweils bis zum 31.03. eines jeden Rechnungsjahres der Oberbürgermeisterin/ dem Oberbürgermeister (Bereich 0-1/Stadtkanzlei) ein Verwendungsbericht in Form einer einfachen Kostenübersicht vorzulegen. Dieser Verwendungsbericht ist von zwei Kassenprüfer/-innen zu prüfen, die von den Mitgliedern der Zuwendungsempfängerin nach demokratischen Grundsätzen zu wählen sind. Die Kassenprüfer/-innen haben einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung zu erstellen, der mit dem Verwendungsbericht der Oberbürgermeisterin/ dem Oberbürgermeister vorzulegen ist. Eine Verlängerung der Vorlagefrist ist nicht möglich. In die Buchführung und die Belege, die diesem Verwendungsbericht zu Grunde liegen, muss auf Verlangen des Rates der Stadt Oberhausen Einsicht gewährt werden. Die Belege sind 5 Jahre, gerechnet vom Tage der Vorlage des Verwendungsberichts an, aufzubewahren.

3.5 Der städtische Zuschuss ist gegebenenfalls ganz oder teilweise zurückzuzahlen, wenn

- a) die Bewilligungsbedingungen nicht erfüllt sind,
- b) Zahl und Kosten der im Antrag aufgeführten Maßnahmen sich verringert haben. Bei Überschreitung der Gesamtkosten oder bei Kürzung des Zuschusses muss die Gesamtfinanzierung vom Antragsteller anderweitig sichergestellt werden.